



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 26. Februar 1888.

Nr. 97.

## Vom Kronprinzen.

Berlin, 25. Februar.  
Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer folgendes Bulletin:

San Remo, 25. Februar, 10 Uhr 50 Minuten Vormittags. Die Nacht brachte Kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen einen mehrstündigen erquickten Schlaf. Wegen Fortbestehen des Hustens und Auswurfs ist mit höchster Genehmigung Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit der von den Unterzeichneten in Vorhag gebrachte Geheime Rath Professor Dr. Kuhmahl aus Straßburg zur Konsultation hierher berufen worden.

or Mackenzie. Schräder. Krause.  
Hovell. v. Bergmann. Bramann.

Das offiziöse Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldungen:

San Remo, 24. Februar. Der Prinz von Wales hat heute über Ventimiglia, bis wohin er sich zu Wagen begab, die Rückreise nach Cannes angetreten.

San Remo, 24. Februar, 11 Uhr Abends. Das Beinden Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen ist unverändert. Der Kronprinz erschien Nachmittags auf dem Balkon und hatte später einen erfrischenden Schlaf. Die Stimmung ist besser, der Husten weniger häufig, der Auswurf geringer, kein Kopfweh, normale Temperatur.

San Remo, 25. Februar, 10 Uhr 25 Minuten Vormittags. Der Kronprinz hatte eine gute Nacht, der Schlaf war ungestört. Das Beinden heute Morgen ist befriedigend. Der Auswurf ist geringer.

## Deutscher Reichstag.

46. Plenarsitzung vom 25. Februar.

Präsident v. Weddell-Piesendorff eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Das Haus ist äußerst spärlich besetzt.

Am Bundesratssthule: v. Bötticher u. A. Nach Bewilligung mehrerer Urlaubsgesuchs erklärt der Präsident: Unsere Sesslon wird möglicher Weise nur noch kurze Zeit dauern, und in dieser Zeit haben wir noch wichtige Geschäfte zu erledigen. Ich kann deshalb Urlaubsgesuchs nur dann bewilligen oder befürworten, wenn ganz besonders zwingende Gründe vorliegen. Als solche zwingende Gründe würde ich der Regel nach die Teilnahme an anderen Parlamenten oder an Provinzial-Landtagen nicht ansehen können. (Bustimmung.)

Der Meistbegünstigungsvertrag mit Paraguay wird ohne Diskussion in dritter Berathung genehmigt.

Darauf wird die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. den Erlass der Wittwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Reichs-Adolfwerbung, des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, fortgesetzt.

Es handelt sich bekanntlich um den § 3 des Gesetzentwurfs, der in zweiter Berathung eine Fassung erhalten hatte, welcher, wie der Staatssekretär von Bötticher erklärte, der Bundesrat nicht zustimmen konnte, wodurch das Zustandekommen des Gesetzes in Frage gestellt wurde. Es war daher, da auch eine von den Fraktionen des Hauses vereinbarte Fassung des § 3 (Antrag Dr. Gallbach u. Gen.) den Anforderungen nicht entsprach, die Vorlage an eine Kommission gewiesen worden, die nunmehr folgende Fassung des § 3 vorschlägt: Mitgliedern einer, der im § 22 des Gesetzes vom 20. April 1881 und im § 25 des Gesetzes vom 17. Juni 1887 bezeichneten Landesanstalten, welche gemäß § 1 den Besitz wiederrufen und gleichzeitig aus der Landesanstalt ausscheiden, sind bis an die letztere seit der Bezeichnung entrichteten Beträge auf die nach § 2 zu machenden Nachzahlungen anzurechnen.

Nachdem der Berichterstatter Abg. Francke den Antrag der Kommission empfohlen, erläutert der Staatssekretär v. Bötticher, daß er den verbliebenen Regierungen die volle Freiheit der Beschlusshaltung vorbehalten müsse, er versprochen aber die Zustimmung zu dem Antrage der Kommission von Seiten der preußischen Regierung. Er sei der Ansicht, daß es in der Billigkeit liege, den Beamten, die damals nicht in leicht stütziger Weise, sondern bona fide den Besitz ausgebrochen hätten, ein Entgegenkommen zu bewei-

sen. Er könne versprechen, daß, wenn das Haus dem Kommissionsbeschuße zustimmen würde, durch die Annahme des Gesetzes durch den Bundestag nicht gefährdet sei. (Beschluß.)

Abg. v. Bernuth (nat.-lib.) drückt seine frohe Befriedigung und Freude über die Erklärung des Staatssekretärs aus.

§ 3 wird darauf angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen ohne weitere Debatte und darauf das Gesetz im Ganzen.

Es folgen Petitionen.

Kolostepich- und Kosmatten-Fabrikanten richten an den Reichstag die Bitte: "sie in ihrem Rechte zu schützen und die Reichsregierung zur Zurückerstattung des gezahlten Zolles aufzufordern, sowie dieselbe zu veranlassen, die Zollkontrolle für die Kolostepichfabriken wieder aufzugeben."

Die Petitions-Kommission beantragt:  
a. die Petition, insofern sie Rückzahlung des Zolles verlangt, dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, insofern den Petenten durch die Zollauffrage ein nachweisbarer Schaden entstanden ist,

b. insofern Aufhebung der Zollkontrolle begehrt wird, zur Tagesordnung überzu treten.

Der Kommissionsantrag wird ohne Diskussion angenommen.

Beschiedene Petitionen, welche sich auf den Antrag des A. g. Grafen v. Bühr (Verlängerung der Legislaturperiode) beziehen, werden durch die Beschlussfassung über diesen Antrag für erledigt erklärt.

Der Leipziger Bezirkverein und der Thüringer Brauverein, Zweigverein vom Allgemeinen deutschen Brauerbund, erfüllen: "in die Grundsätze für Fixation der Brausteuer die Bestimmung aufzunehmen, daß den mit Nachsteuer möglich fixirten die zu hoch berechneten fixirten Steuerbeträge zurückbezahlt werden."

Die Petitions-Kommission beantragt Überweisung der Petition an den Reichskanzler zur Erwähnung, und das Haus beschließt diesem Antrage gemäß.

Eine Petition des Rechtsanwalts Dr. Hirsch zu Ulm wegen Ergänzung des § 503 der Reichsstrafprozeßordnung wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Zentralvorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes zu Düsseldorf beantragt in einer Petition: "Der Reichstag wolle, unter Erwägung des in den Ausführungen der Petenten niedergelegten Materials, dahin wirken, daß durch Einschaltung eines leichten Paragraphen in die Reichsgewerbeordnung festgestellt werde, daß die die Handlungsnormen gültigen geistlichen Bestimmungen des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches welche in Titel 6, Artikel 57—64, enthalten sind, bei Beurtheilung der Rechtsverhältnisse der in den Fabriken angestellten Werkmeister und sonstigen technischen Betriebsbeamten zur Anwendung kommen möchten."

Die Petitions-Kommission beantragt: Die Petition beim Reichskanzler zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, die in der Reichs-Gewerbeordnung bisher noch nicht begrenzte rechtliche Stellung der Werkmeister durch Einschaltung einer dahin gehörigen geistlichen Bestimmung zu regeln.

Die Abg. H. H. (Zentr.), Dr. Weddell (nat-lib), Goldschmidt (Deutsch-freih.) und o. Kleist Repow (kons.) befürworten diesen Antrag, der vom Hause angenommen wird. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Antrag Goldschmidt (Vogel-schlagfaz.). Gesetzentwurf betr. den Ausschluß der Daseinflichkeit bei Gerichtsverhandlungen.

Schluss 2½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag noch den General-Feldmarschall Grafen von Moltke und später den Prinzen Georg von Preußen, welche dem Kaiser ihr Beileid ausdrückten. Beide haben die Majestäten den Prinzen und die Prinzessin Wilhelm und noch einige Gäste bei sich zum Tee. Heute Vormittag empfing der Kaiser den H. König-Alberten des Großherzogs von Baden. Major Friederich von Schönau, welcher den kaiserlichen Majestäten noch

die offizielle Mitteilung von dem erfolgten Ableben des Prinzen Ludwig Wilhelm von Baden überbrachte, und nahm darauf die persönlichen Niedigungen des Kommandeurs der 28. Kavallerie-Brigade, Generalmajors Edler von der Planitz zum Kommandeur des 2. nassauischen Infanterie-Regiments Nr. 88 ernannten Obersten von Zingler und mehrerer anderer hoher Offiziere entgegen. — Sodann ertheilte der Kaiser dem Kommandeur im Garde-Kürassier-Regiment o. Neumann, welcher den Orden seines Königreichs in Ölberg verstorbenen Vaters, des Generalleutnants z. D. o. Neumann, überbrachte, die nachgeführte Audienz. Nachmittags hatte der Kaiser eine Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

Morgen Vormittag findet im königlichen Palais ein kleiner Gottesdienst statt, welcher vom Ober-Hof- und Domprediger D. Kögel abgehalten werden wird.

Der Kaiser hat für die durch Lawinenschärze bei Gastein Beunruhigten resp. Beschädigten eine Summe von 1000 Gulden angewiesen.

Die Beisetzung der Leiche des Prinzen Ludwig Wilhelm von Baden dürfte in Karlsruhe nicht vor nächsten Mittwoch erfolgen.

Der kaiserliche russische Hof legt für den verstorbenen Prinzen Ludwig von Baden fünfzig Tage Trauer an.

Über den Gesundheitszustand des Königs von Württemberg erhält der "Schw. Merk." aus sicherer Quelle folgende Nachricht:

"Die seit Jahren schon bestehende Affektion der Lunge, von welcher der König in einem milderen Klima Heilung suchte, gestaltete sich in letzter Zeit zu einer so heftigen Erkrankung, daß eine Zeit lang die schwersten Besorgnisse gerecht fertigt waren. Bei der Ankunft des Prof. Biebermeister in Florenz war die äußerste Gefahr bereits vorüber und der Zustand des hohen Patienten verbesserte sich soviel, daß eine einzige Gefahr nicht mehr vorliegt. Ein Rückfall würde jedoch aber mals Gefahr bringen und es ist deshalb für längere Zeit die größte Vorsicht und Schonung nothwendig."

Der Reichskanzler hat dem Geschäftskomitee für die deutsche allgemeine Ausstellung für Unfall-Verhütung in Berlin im Jahre 1889 zu Händen seines Vorstehenden, des Herrn Directors Köpke, das folgende Schreiben zugehen lassen:

Berlin, den 23. Februar 1888.  
Euer Hochwohlgeboren dankt ich verbindlichst für Ihre Mitteilungen über die für nächstes Jahr in Aussicht genommene Ausstellung für Unfall-Verhütung. Das Unternehmen hat meine volle Theilnahme, weil ich in ihm ein Mittel sehe, die Fürsorge für die Arbeiter zu fördern und denselben durch Augenchein darzuthun, daß ihr Wohl den Arbeitgebern am Herzen liegt. Mögen Ihre humanen Bestrebungen von Erfolg gekrönt werden.

gez. von Bismarck.

Das offiziöse Wiener "Fremdenblatt" bespricht heute die diplomatische Aktion in der bulgarischen Frage und bemerkt:

"Es verdient besondere Beachtung, daß von russischer Seite wiederholt betont wurde, der Berliner Traktat sei als Grundlage und einzige internationale Garantie der auf der Balkanhalbinsel stabilisierten Ordnung der Dinge anzusehen. Diese Zweifel werde diese offene und loyale Konstatirung der Grundsätze, an denen festhalten zu wollen, die russische Regierung erklären, nicht einzulassen, bei allen jenen Kabinetten vollste Befriedigung heroorzurufen, welche seit Anbeginn der bulgarischen Wirken immer von den gleichen Prinzipien geleitet wurden und dieselben auch stets offen als ihre alleinige Richtschnur bezeichnet haben. Ebenso werde es auch kaum eine Macht in Europa geben, die nicht in Übereinstimmung mit der russischen Regierung anzuerkennen bereit wäre, daß die gegenwärtige Sachlage in Bulgarien als ungerechtlich betrachtet werden müsse und dem Sultan die diesbezügliche Initiative zugeschen solle. Eine Sanierung im Einverständnis und im Einvernehmen aller Mächte löne im Interesse der ungünstigen Fortentwicklung des jungen Landes, wie auch in jenem der allgemeinen Ruhe nur dringend gewünscht werden. Bei mehreren Kabinetten scheinen noch Beziehen zu herrschen über die Folgen der Beseitigung der ds facio Regie-

tung in Sofia, welche allerdings der völkerrechtlichen Basis entbehrt, aber die Ordnung zu erhalten vermochte. Deshalb sei es begreiflich, wenn die Kabinette, bevor sie den ersten Schritt zum Sturze dieser Regierung thun, vor Allem Klarheit erlangen möchten betreffs der weiteren Sicherung der Ruhe und Ordnung. Die zweideutige Lage Bulgariens könnte nicht beseitigt werden, ohne daß die Frage der Vereinigung mit Ostromeliene eine Regelung durch die hierzu berufenen Vertragsmächte erfahre. Zwar seien allem Anschein nach auf Anregung des russischen Kabinetts Bourparlers noch im Zuge, aber eben deshalb dürfe jetzt der Wunsch ausgesprochen werden, daß dieselben zu einer vertrauensvollen Erörterung all jener Fragen führen mögen, welche für die endgültige Regelung der bulgarischen Angelegenheit maßgebend seien, und damit vielleicht zur definitiven Schließung einer Quelle, aus der schon so mannigfaltige Schwierigkeiten und Bevölkerungen über Europa hervorgebrochen seien."

In welchem Tone man in gewissen Kreisen der Schweiz die Beziehungen zu Deutschland zu behandeln beliebt, davon gibt ein Artikel Aufschluß, den der gemäßigt liberale und angeblich mit einflussreichen Personen in Verbindung stehende "Berner Bund" über die Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar bringt. Dieses Blatt äußert sich im Anschluß an des Kanzlers Worte: "Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt" folgendermaßen:

"Es ist nicht Marcel in den 'Hugenotten', der sich diese Opernphrase leistet, sondern Fürst Bismarck wagte so etwas dem Reichstage zu bieten. Er wird doch alt, der große Mann! Und, wenn auch die Schachzüge seiner Politik noch die richtigen sein mögen, wie wir einstweilen glauben wollen, in solchen einzelnen Wendungen der Radtritt ein merklicher Mangel an Geist zu Tage. Denn was kann eine solche Phrase bedeuten? Kann nicht der Engländer sie mit demselben Rechts aussprechen? Gibt es überhaupt ein Volk Europas, dessen Selbstgefühl nicht in ähnlich Worten der Verherrlichung seines Mannesmuthes aufflammte — wohlgemerkt auf der Tribüne eines Volksfestes, aber doch nicht im ersten Verhandlungssaale? Wenn wir angegriffen werden, dann wird der furor teutonicus entzünden, mit dem es Niemand aufnehmen kann." Das ist auch so eine Opernphrase derselben Rede Bismarcks. Oft genug haben es andere Nationen mit dem "furor teutonicus" aufgenommen und sind Sieger geblieben. Wenn übrigens die Deutschen "Gott und sonst nichts auf der Welt fürchten", so mögen sie das Lachspielthum abschaffen, das sehr nach Menschenfurcht, d. h. Anarchienfurcht, und keinesfalls nach Gottesfurcht schmeckt."

Wir haben, bemerkt die "Post" hierzu, keine Scheu getragen dieses Erzeugniß eines angehenden Schweizer Organs niedriger zu hängen, damit auch unser Volk wisse, in wie abfälliger und hämischer Weise in der benachbarten und stammverwandten Schweiz die für uns wichtigsten und heiligsten Lebensthemen behandelt werden. Das durch derartige Artikel in uns das Gefühl der Freundschaft für das Schweizer Volk verstärkt werden soll, wird der "Berner Bund" schwierlich erwarten. Wenn aber in diesem und anderen Schweizer Blättern für die un lästige Sprache des "Sozialdemokrat" dessen deutlich sozialdemokratische Revolte verantwortlich gemacht werden, so müssen wir noch der obigen Probe des Berner Bund belehnen, daß dessen schweizerische Redeweise werth ist — wie es auch tatsächlich geschehen — in die Spalten des "Sozialdemokrat" aufgenommen zu werden.

Im englischen Unterhaus wurde gestern bei der Berathung der Reform der Geschäftsaordnung der erste Antrag der Regierung mit einigen von ihr acceptirten Änderungen nach mehrstündigem Debate angenommen. Durch denselben wird bestimmt, daß die Sitzungen am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag um 3 Uhr Nachmittags beginnen und, gewisse Fälle ausgenommen, spätestens um 1 Uhr Morgens schließen sollen.

Aus Süddun gar wird der Münchner "A. Z." unter dem 18. Februar geschrieben: Die vor einigen Tagen vor dem königlichen Gerichtshofe in Pancova abgehaltene öffentliche Gerichtsverhandlung gegen einen gewissen Simon

Nikolai, "Sicherheits-Kommissär", und seine Haupturk wirft ein grelles Licht auf die wohlselige Lage der Nationalitäten in Ungarn. Waren die Thatsachen in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung nicht konstatiert, so würde man sie kaum für glaubhaft halten. Es handelte sich um die Wahl im Jahre 1884 in dem Tschechien-Bataillon, in der früheren Militärgrenze. Die Serben haben einen einzigen Nationalitäten-Kandidaten aufgestellt in der Person des Michael Dimitrievits, weil sie in den übrigen Wahlbezirken gegenüber dem Terrorismus der Regierungsorgane nicht durchdringen zu können glaubten. Nun, über diese Wahl sind nach nahezu vier Jahren haarschäubende Dinge in öffentlicher Gerichtsverhandlung zum Vorschein gekommen. Die Untersuchung sollte vertuscht werden, aber der gewählte Abgeordnete und sein Advokat, Dr. Gussetis, ließen nicht ab, und so musste die öffentliche Hauptverhandlung doch stattfinden. Das Interessanteste bei der Verhandlung war der Brief des Stuhlherrschers Nagy an den "Sicherheitskommissär." Der Staatsanwalt widerholte sich der Vorlesung dieses Briefes, aber die Beleidigung bestand darauf. In dem Briefe heißt es wörtlich: "Sie haben den Durchzug des Abgeordneten-Kandidaten mit aller Gewalt zu verhindern. Kommt er in ein Dorf, so können Sie ihn mit Gewalt daran entfernen. Sie können wegen der Abschreckung nach Bedarf in jedem Dorfe 15-20 Wähler einsperren, und wird Ihnen Widerstand geleistet, so gebrauchen Sie Gewalt." Der "Sicherheitskommissär" nahm die Instruktion des Stuhlherrschers mehr als buchstäblich. Im Dorfe Mojorin fesselte und misshandelte er mehrere Wähler. Zwei davon waren in Folge der Misshandlungen bald gestorben. Nach nahezu vier Jahren sah man am Körper der Misshandelten die Narben und Brüden. Der "Sicherheitskommissär" und zwei seiner Hauptsoldaten belämmerten einige Monate später. Was geschieht aber mit dem Stuhlherrschter Nagy? Der amtierte lustig weiter. Keine Strafuntersuchung, ja nicht einmal eine Disziplinaruntersuchung. Der Mann hat ja Verdienste! Bei der letzten Wahl im Jahre 1887 ist der Regierungskandidat durchgedrungen. Wer sollte es von den Nationalitäten auch wagen, zur Wahlurne zu gehen, wenn er lebensgefährlichen Misshandlungen ausgesetzt ist. Und so ist es erklärlich, dass die 10 Millionen Nichtmagyaren keinen einzigen Abgeordneten im ungarischen Reichstage haben.

Kiel, 23. Februar. Wenn wir z. B. auch noch in Schnee und Eis stecken, regt sich auf der kaiserlichen Werft allmälig ein regeres Leben, um rechtzeitig diejenigen S. M. Kriegsschiffe fertig zu stellen, welche in Dienst kommen sollen. Eine Reparatur haben unterzogen werden müssen die Panzerschiffe "Kaiser" und "Oldenburg", der Artillerie "Blitz" und die Fregatte "Nobis", sowie eine Anzahl Torpedoboote. Die Reparatur Arbeiten rüsten mit dem Ende des kommenden Monats oder spätestens Anfang April beendigt sein, denn "Hansa", an deren Stelle "Kaiser" die Funktionen eines Wachschiffes der Ostseestation übernehmen wird, holt bereits am 6. April Flagge und Wimpel nieder und "Kaiser" heißt sie auf. "Oldenburg" wird dem Übungsgeschwader einverlebt werden, "Blitz" als Flaggschiff der Torpedobootsstaffette dienen und "Nobis" als Seefahrtenschiff in den skandinavischen und englischen Gewässern kreuzen. Die Arbeiten an dem Artillerie "Greif", der zu Übungszwecken in Dienst kommt, und an den Segelbriggen "Rover" und "Moskito", die als Schiffsjungen-Schulschiffe nach dem Nordatlantik in See gehen werden, sind nahezu vollendet. Der neue geschützte Kreuzer "Irene" hat in den letzten Tagen bereits Geschützproben abgehalten. Die Armirung besteht aus 6 langen und 8 kurzen 15-Zentimeter-Kruppgeschützen. Dieselben stehen in Schwalbennestern und können von den ersten (langen) Geschützen vier direkt nach vorn und zwei direkt nach hinten feuern und außerdem die ganze Breite beherrschen. Ferner sind auf jeder Seite noch 15-Zentimeter-Geschütze aufgestellt; vervollständigt wird die Armirung durch sechs Revolverkanonen und eine Torpedo-Lancier-Waffnung. Bekanntlich ist die "Irene" der erste geschützte Kreuzer unsres Marine; mit seiner leichten, gefälligen Form entzückt er das Auge jedes Kenners.

Eupen, 22. Februar. Vorige Woche gingen von Deutschland aus ungefähr 6000 Liter Öl in Fässern über Wallenrath nach Belgien ein. Die belgische Zollbehörde der genannten Grenzstation hatte durch Deffren der Spunde sich von der Richtigkeit des angegebenen Inhaltes überzeugt, im Güterschuppen zu Lüttich jedoch, wohin die Sendung ging, fiel einem Beamten der starke Alkoholgeruch auf, welcher den Fässern entströmte, und der findige Zöllner machte die Entdeckung, dass der wahre Inhalt der in folge künstlicher Einrichtung anscheinend Öl enthaltenden Gebinde — Sprit sei. Sofort wurde die vorgesetzte Behörde und das Gericht von dem Funde in Kenntnis gesetzt und der Kaufmann und Delhändler Dumonceau, für welchen die Sendung bestimmt war, in seiner Wohnung verhaftet. Zugleich fand Haussuchung bei demselben statt, deren Ergebnis jedoch noch nicht bekannt ist. Jedenfalls sind die Umstände für den Verhafteten sehr belastend, denn derselbe wurde nach seinem Verhör durch den Untersuchungsrichter in das Gefängnis St. Leonard abgeführt. Bei 1 Franken 20 Centimes Eingangszoll für das Liter Alkohol wurde die von Dumonceau begangene Hinterziehung für obige Sendung auf 7200

Gramm belauscht und die jetzt hturende Strafe den zehnfachen Werth der hintergangenen Eingangszolle, also 72,000 Franken betragen. Lebzigens fassen die in Fässern von gleicher Form wie die beschlagrahmten in letzter Zeit über Wallenrath eingegangenen angeblich aus Öl bestehenden Sendungen sich auf mehrere 100,000 Liter.

Karlsruhe, 23. Februar. Die Residenzstadt und gewiss unser ganzes Land ist in der tiefsten, schmerzlichsten Erregung über den Tod des hoffnungsvollen Prinzen Ludwig Wilhelm, der nach nur fünfjähriger Krankheit, noch nicht ganz 23 Jahre alt, seiner Familie entrissen wurde. Noch ist kaum eine Woche verflossen, dass er in volle Rüstigkeit und Jugendblüthe den Festlichkeiten bei der silbernen Hochzeit des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm bewohnte. Die äußeren Umstände lassen den Trauerfall noch tragischer erscheinen. Die hohen Eltern erhielten auf der Reise an das Krankenbett des deutschen Kronprinzen die Nachricht von der Erkrankung ihres jüngeren Sohnes in Mailand, sie kürzten den Aufenthalt bei ihrem älteren Sohne, den Erbgräfherzog, und dessen Gemahlin in Cannes, wo dieser sich mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit den Winter über aufhält, ab, um an das Krankenlager des ersten zu eilen und wurden, in Folge des raschen ungünstigen Verlaufes der tüchtigen Krankheit, schon in Basel von der Todesnachricht erzählt. Das ganze Land vereinigt sich mit dem Wunsche, dem der Vizepräsident der zweiten Kammer, Herr Friderich, bewegten Ausdruck verlieh, es möge Gott den schwergeprüften Eltern Stärke verleihen, um den großen Verlust ergeben zu tragen. Von dem Trauerfall werden auch die großen kaiserlichen Majestäten schwer betroffen, die vom Enkel mit großer Liebe zugelassen waren. Für die Dynastie der Böhmer und das badische Land ist der Verlust dieses jungen Prinzen, der nach Beratung und Ausbildung zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, in seiner ganzen Tragweite noch kaum zu ermessen.

### A u s l a n d .

Paris, 24. Februar. General Japy hat gestern das Kommando des 15. Armeekorps übernommen und wurde von dem Bürgermeister von Marceau mit einer chauvinistischen Ansprache begrüßt.

Der Ministerrat beschloss heute, in Anbetracht der von der Kammer gewünschten Verminderung der Ausgaben für Indo-China und die übrigen Kolonien die Besoldungen der Kolonial-Gouverneure zu verringern und eine Untersuchung anzustellen, welche Posten in den verschiedenen Missionen unterdrückt werden können.

Paris, 24. Februar. Tirard hat, laut "Matin", die Absicht, nach Beendigung der Budgetverhandlung eine große Anleihe zu machen, um die jetzige Finanzlemme gänzlich zu beseitigen und das Gleichgewicht im Budget herzustellen.

Das Urtheil im Prozess Wilson wird am nächsten Donnerstag verkündigt werden.

Laut "Figaro" ist der Herzog von Montpensier gestern nach Madrid abgereist; alle Schwierigkeiten sind beseitigt.

Stockholm 23. Februar. Der Antrag auf Errichtung eines Ackerbau-Ministeriums ist zwar von der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages mit 133 gegen 52 Stimmen genehmigt, von der ersten Kammer aber mit 72 gegen 23 Stimmen abgelehnt, bleibt also abgelehnt, da gemeinschaftliche Zustimmungen beider Häuser nur bei sogenannten Bewilligungssachen stattfinden. Ungeachtet müsste auch noch, da die Errichtung eines neuen Staatsrathposens eine Aenderung der Verfassung ist, dazu die Einwilligung zweier aufeinander folgenden, aber verschiedenen Gesetzgebungs-körperschaften eingeholt werden.

Kopenhagen, 22. Februar. In dem Gutachten des Kunibutter-Ausschusses des Folketinges beantragt die Mehrheit, die den bestehenden Schutz für ausreichend hält, nur jede Vermischung von Natur- und Kunibutter und die Verwendung von Butterfarbe für diese zu verbieten. Die Minorität, welche grundsätzlich die Kunibutter ganz aus dem Lande ausgeschlossen haben will, begnügt sich damit, den erwähnten Bestimmungen folgende Fassung zu geben: "Es soll verboten sein, Naturbutter mit Kunibutter, Oelmargarin oder Schweinfett zu dem Zwecke zu vermischen, um mit den Mischungen Handel zu treiben. Die Einführung und das Ausbieten solcher Kunibutter ist gleichfalls verboten."

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Februar. "Die berühmte Frau." Die beste Lustspiel-Novität dieser Saison, welche in Berlin und Hamburg mit ganz enormem Erfolg aufgenommen wurde, wird am Dienstag im Stadttheater die erste Aufführung finden und zwar in Verbindung mit einem Ensemble-Gespielen der ersten Kräfte des Deutschen Theaters: Agnes Sorma, Georg Engels und Gustav Kadelburg. Diese außerordentliche Extra Vorstellung wird wohl geeignet sein, das volle Interesse unserer Theaterbesucher in Anspruch zu nehmen und das Haus in allen Räumen zu füllen. Heute, Sonntag, findet die erste Wiederholung der herrlichen Goldmark'schen Oper "Die Königin von Saba" mit der luxuriösen dekorativen Ausstattung statt. Das großartige Werk hat bei der ersten Aufführung eine begeisterte Aufnahme gefunden. Morgen, Montag, hat die beliebte Opernsängerin Irl. Mila Hof ihr Beste und kommt Mozart's "Zauberflöte" zur Aufführung. Wir möchten der sympathischen

wageradischen Kunstlerin, welche uns schon so oft mit ihrer jugendfrischen Stimme erfreut, ein echt volles Haus gönnen.

In der Woche vom 19. bis 25. Februar wurden in der hiesigen Volksküche 2335 Portionen verabreicht.

In der Woche vom 12. bis 18. Februar kamen im Regierungsbezirk Stettin 50 Erkrankungen und 4 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigte sich Schorlack und Rötheln mit 23 Erkrankungen und 1 Todesfall, davon 5 Erkrankungen in Stettin. Sodann folgt Diphtherie mit 18 Erkrankungen (2 Todesfälle), davon 3 Erkrankungen in Stettin. An Darmtyphus erkrankten 7 Personen, an Masern 1 Person und an Kindbettfieber 1 Person. In den Kreisen Asklam, Greifswald, Regenwalde, Saazig und Ueckermünde kam kein Fall von ansteckenden Krankheiten vor.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 1 Mari Aufzahlung. Opern-Novität. Zum 2. Male: "Die Königin von Saba." Große Oper in 4 Akten. - Bellevuetheater:

"Der Jongleur." Montag, Stadttheater: Mit 50 Pf Aufzahlung. Bühne für Fil. Mila Hof. "Die Zauberflöte." - Bellevuetheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). "Die bekannte Widerspenstige."

Wochenbericht über die Berliner Börse.

### Getreide und Produkte.

Berlin, 24. Februar. Gegen Erwarten stand wir in der vergangenen Woche plötzlich wieder in die strengste Winterzeit zurückgekehrt. Das Thermometer fiel erheblich unter den Gefrierpunkt und scheint der bereits recht heftige Frost noch in der Zunahme begriffen. Die jungen Saaten dürften indes zumeist durch eine genügende Schneedecke gegen die jetzigen Wetterumbildungen geschützt sein. In allen übrigen Ländern Europas macht sich der Winter in gleicher Weise durch seine Strenge fühlbar.

Im internationalen Getreidehandel lässt sich leider nur von einem Andauern der bisherigen Lustigkeit berichten und wäre diese Tendenz wohl überall in einem weiteren Abdrücken der Preise zum Ausdruck gelangt, wenn nicht die Härte der Witterung den Inhabern von Ware eine gewisse moralische Unterstützung verliehen hätte, so dass dieselben an ihren bisherigen Forderungen festhielten. Eine Bebung der Kauflust ist jedoch dadurch nicht erfolgt.

An den englischen Märkten herrschte sehr ruhiger Verkehr zu behaupteten Preisen. An den französischen Landmärkten begegnete das mäßige Angebot guter Bedarfstrags. Belgien und Holland meldeten trüges Geschäft, ebenso Österreich-Ungarn nur geringe Unternehmungslust.

An den deutschen Märkten bewegte sich der Verkehr in ruhigem Geleise. Die Landzufuhren haben eher etwas nachgelassen und scheinen die früheren kolossalen Vorräte in erster Hand sich etwas gelichtet zu haben. Für Hafer zeigt sich Nachfrage von den westlichen Provinzen. Die vielseitig gehaltenen Erwartungen auf ein Fällenlassen des Identitätsnachweises scheinen nun mehr aufgegeben werden zu müssen, da die Regierung den diesbezügl. Antrag Aspach feindlich gegenübergestanden soll. Ein Artikel der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erklärte dieser Tage die Identitätsfrage als auf Jahr und Tag hinaus noch nicht spruchsfrei.

Am heutigen Platze zeigte der Handel in Weizen Anfang der Woche eine relative Festigkeit, bis derselbe das Bekanntwerden des vorerwähnten Artikels ein Ende mache. Nachdem die Chance auf Annahme des Antrags bezüglich Aufhebung des Identitätsnachweises geschwunden erschien, traten dieselbe wie auswärtige Spekulanten mit stärkeren Blankoabgaben hervor, denen sich noch umfangreiche Unterstützung der Haushalte angeschlossen, so dass der Markt ein recht flauer Gepräge annahm. Preise büßten dadurch schnell 3 Mark per 1000 Kilo ein, von denen schließlich auf Deckungsläufe 2 Mk. per 1000 Kilo wieder gewonnen wurden, weil verlautete, die Reichstagskommission habe nun doch den Antrag auf Aufhebung des Identitätsnachweises angenommen, womit die Stellung der Regierung und des Reichstages selbst indes keineswegs identisch ist.

Roggan zeigte sich schwächer zugeführt und begegnete in trockener Qualität genügender Nachfrage. Das Gross des Bahnanküste war indes von klämmer Beschaffenheit und drückte dadurch auf die Preise. Im Terninhandel trat von Neuem mattere Haltung zu Tage, nachdem das Scheitern der Identitätsfrage zu erkennen war, und wurde diese Tendenz im weiteren Verlauf durch die Befreiung der Bahn in russischer Balata noch wesentlich verstärkt. Mit dem weiteren Fallen des Rubelkurses stellen sich auch die russischen Offizieren entsprechend billiger und veranlaßte Dies hiege Spekulanten, mit grösseren Abgaben auf Sommer- und Herbstsitz vorzugehen. Ein Rendiment mit Russland ist durch freilich, soweit auf Abholung in den nächsten Monaten, keineswegs hergestellt. Die Haltung bestätigte sich schließlich in Folge grösserer Mehlabflüsse der Mühlen nach dem Westen.

Hafner hatte ruhigen Verkehr. Gute Kohle erreichte schlank leichte Preise, da die Zufuhr aus der Provins nachgelassen haben. Auch Terminpreise befundeten feste Haltung, erhielten jedoch schwächer aus den bei Roggen erwähnten Gründen eine Abschwächung, da einiges Blankoangebot für Sommerläufen und Realisationslust für nahe Termine hervortrat.

Rüböl erfuhr nur geringe Preisschwankungen und konnte der von Paris gemeldeten erneuten Befreiung vollkommen widerstehen, da für disponibile Waare sich besserer Abzug nach der Provinz endlich eingestellt hat. Auch machte die harte Witterung Abgeber für Termine zurückhaltender. Von Kauflust war indessen auch nur wenig zu spüren.

Spiritus blieb in disponibler Waare ziemlich reichlich zugeführt und fand bei Reportern im Austausch gegen Termine Unterkommen. Spritfahranten zeigten wenig Bedarf. Auch von den Produktionen ließen umfangreiche Verkaufsdruck ein und drückten dies um so mehr auf den Preis und begegneten um so geringerer Kauflust, als von Spanien die projektierte Einführung eines hohen Konsumzolls auf Sprit gemeldet und gleichzeitig eine Erhöhung des Eingangszzolls in Italien in Aussicht gestellt wurde. Preise büßten daran bei bedeutendem Angebot ca. 1 M. per 10,000 Liter p.C. ein. Gestern endlich machte sich eine erhebliche Reprise geltend, durch welche die Hälfte des Preisverlustes wieder eingeholt wurde. Eine weitere Befreiung zur Bildung einer Spirituskommissionsbank gab mehrfach Anlass zu Meinungsläufen auf Sommertermine, speziell von kontingenter Waare, zumal der abnorm billige Preisstand eines gewissen Netzes zu Meinungsläufen nicht entbehrt. Ein bedeutendes Nachlassen der Produktion im März ist wohl mit Bestimmtheit zu erwarten.

Sachs & Pincus, Berlin,

Getreide- und Bankgeschäft.

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

Köln, 25. Februar. Bei der heute beendeten Steigung der Dombau-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 30.000 M. auf Nr. 262,487, 1500 M. auf Nr. 239,909.

Brüssel, 25. Februar. Die Kongoregierung lässt heute verbreiten, die beiden belgischen Offiziere, Hauptmann van de Velde und Lieutenant Worlomont, seien nicht, wie gemeldet wurde, getötet, sondern am Fieber gestorben.

Brüssel, 25. Februar. Der "Nord" sagt, der Beitrag von Berlin diene dem Vorschlag Russlands zur Grundlage. Derselbe zielt auf einen Kollektivsatz der Mächte bei der Börse ab, zu dem Zweck, die Anwesenheit des Prinzen von Kourou in Bulgarien für ungeeignet zu erklären. Wenn alle Kabinette von dem Wunsch besetzt seien, den Vertrag von Berlin aufrechtig in Anwendung gebracht zu sehen, so folge daraus auch die Zustimmung der Mächte zu dem auf dem Werke des Berliner Kongresses basierenden Vorschlag Russlands. Damit die von Russland nachgeführte Kundgebung der Mächte die gewünschte Wirkung thue, müssten alle Kabinette aufrechtig und ohne Vorbehalt daran teilnehmen.

Rom, 24. Februar. Dem Vernehmen nach wird der italienisch-spanische Handelsvertrag morgen unterzeichnet.

Der "Tribuna" zufolge wird das ganze englische Mittelmeergeschwader in etwa 14 Tagen in Genua eintreffen.

Petersburg, 25. Februar. Auf Befehl des Kaisers soll der Entwurf wegen der Einführung fakultativer Metallwährung durch eine Spezialkonferenz unter Hinzuziehung von Repräsentanten des Börsen-Komitees geprüft werden. Dem "Journal de St. Petersburg" zufolge tritt die Konferenz am 17. März zusammen.

Petersburg, 25. Februar. Das "Journal de St. Petersburg" berichtet die Einführung der Metallwährung und meint, die Nachricht, welche so große Aufregung im Auslande hervorgerufen habe, beruhe auf ungenauen Behauptungen eines russischen Blattes, das keiner Art Verbindung mit der Finanzverwaltung habe und seine Mitteilungen aus wenig glaubwürdigen und wenig beachtenswerten Quellen schöpfe.

### Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 24. Februar, 12 Uhr Mittags, Unterpegel 0,32 Meter über Null, Eisstand. - Warthe bei Posen, 24. Februar, Mittags 1,38 Meter.

Bromberg, 24. Februar. Wasserstand. 1. Stadtschleuse. Am Oberhaupt 5,52 Meter, am Unterhaupt 2,02 Meter am Pegel der neuen Stadtschleuse. Eisstand auf der Oberbrücke. Eisrand auf dem Bromberger Kanal. Unterbrücke ist leer. - Nei bei Gleihne, 24. Februar 1,60 Meter, bei Usch, 24. Februar 1,18 Meter. - Weichsel bei Dt. Fördon, 24. Februar 1,28 Meter, auf der Hafenschleuse, 24. Februar 3,16 Meter, bei Warschau, 24. Februar 1,32 Meter. Eisstand auf der Weichsel.

Danzig, 24. Februar. Der sehr bedeutende Schneefall und die grosse Kälte der letzten Tage sind auch dem Fortschreiten der Eisbrecharbeit sehr hinderlich gewesen. Die Mündung ist zwar frei von Eis, aber bei Bohraktionen bildet sich das Eis zusammengeschoben und eins neue Eisdecke gebildet so dass die oberhalb losgesprengten Eisfelsen nicht abschwimmen können. Zwei Eisbrechdampfer, die sich glücklicher Weise an der Mündung befanden, müssen nun die Sprengarbeit wieder hier unten beginnen. Der leichte Nordostwind, der gegen die Mündung drückt, ist natürlich dem Sprengungswerk ebenfalls nicht günstig. - Heutiger Wasserstand bei Brehendorf 3,46 resp. 3,40 Meter.